

NACHRICHTEN

Verordnung zum Mediationsgesetz erlassen

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 12. April 2005 die Verordnung zum Gesetz über die Mediation in Zivilrechtssachen genehmigt. Die Verordnung regelt im Wesentlichen die Ausbildung der Mediatoren in Zivilrechtssachen als einer der gesetzlichen Voraussetzungen für die Eintragung in die Liste der Mediatoren. Das Gesetz über die Mediation in Zivilrechtssachen wurde vom Landtag im Dezember 2004 verabschiedet.

Bei der Mediation handelt es sich um ein nicht förmliches Verfahren, in dessen Rahmen eine neutrale dritte Person, der Mediator, zwei oder mehrere Parteien mit dem Ziel unterstützt, ihren Streit aus freiem Willen durch Verhandlungen beizulegen. Die Rolle des Mediators, der kein Richter oder Schiedsrichter ist, besteht darin, die Parteien bei der Identifikation ihrer Streitposition, der Entwicklung gemeinsamer und unterschiedlicher Interessen und der Untersuchung und Bewertung von Lösungsalternativen zu unterstützen. Vereinfacht lässt sich die Verhandlungsmethode mit dem Prinzip «Kooperation statt Konfrontation» kennzeichnen. (paf)

Schutz der Menschenrechte bei der Terrorismusbekämpfung

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 12. April 2005 beschlossen, ein Projekt der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit 20 000 Euro zu unterstützen. Das Projekt befasst sich mit den verschiedenen Aspekten der Terrorismusbekämpfung unter Wahrung und Stärkung der demokratischen Institutionen, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte. Zu diesen Themen sollen Schulungen, Diskussionsrunden und Expertenworkshops durchgeführt werden. Weiter sollen nationale Anti-Terrorismusgesetzgebungen auf ihre Vereinbarkeit mit den internationalen Menschenrechtsnormen überprüft werden. Liechtenstein hat in seinen langjährigen und zielstrebigsten Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus immer wieder die Notwendigkeit des Schutzes der Menschenrechte und der demokratischen Grundfreiheiten bei der Durchführung von Anti-Terrorismus-Massnahmen hervorgehoben und vertreten. Die Unterstützung dieses Projekts ist eine weitere glaubwürdige und konsequente Folge dieser Politik. (paf)



Ökonomie vor Ökologie

Vortrag von Mario F. Broggi zum Thema «Liechtensteinische Raumentwicklung»

BENDERN – In Liechtenstein wünscht sich niemand den Stadtstaat, niemand will die «Monogamisierung». Dennoch frisst laut Mario F. Broggi die «Verbraucherslandschaft» zunehmend die «Schlüsselrolle» auf. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, müsse Raumplanung ebenfalls grenzübergreifend betrieben und andererseits die Wahrnehmung im Umgang mit der Kulturlandschaft verbessert werden.

• Lucas Buser

Liechtenstein ist mit seinen 160 Quadratkilometern Landesfläche und den 34 000 Einwohnern übersichtlich gestaltet. Sein 50 Quadratkilometer grosser Talraum diente Mario F. Broggi als «Freilandlabor» für die Ausarbeitung von Konzepten und Methoden in der Raumentwicklung. Broggi beobachtet und dokumentiert die liechtensteinische Siedlungsentwicklung und Raumplanung seit mehr als dreissig Jahren, gestern Abend referierte er auf Einladung des Liechtenstein-Instituts zum Thema «Liechtensteinische Raumentwicklung – Bilanz und Zukunftsperspektiven» im Kapitelsaal des Pfarrhauses in Bendern.

Siedlung auf Vorrat

Liechtensteins Bauzonen bieten Platz für 100 000 Einwohner. «Öffentliche Gelder förderten die Erschliessung auf Vorrat sowie die Streusiedlung. Die laufenden Kosten dieser Erschliessung, die eigentlich kaum genutzt wird, sind enorm», sagte Mario F. Broggi. Pro Wölkli werde in Liechtenstein die Grösse eines Fussballfeldes verbaut und ständig mehr Infrastruktur gefordert, die Finanzen und Gemeinwesen belastet. Er sprach davon, dass sich die am Hangfuss gewachsenen Dörfer in das wertvolle Kulturland fressen. Das kleine Land Liechtenstein lebe mit den vorhandenen Bauzonen auf grossem Fuss, Ökonomie stehe – nicht zuletzt wegen der Globalisierung und des Standortwettbewerbs – klar vor Ökologie.

Als Ganzes betrachten

Was den Referenten ebenfalls stört, ist die Tatsache, dass jede Gemeinde ein Entscheidungsträger ist



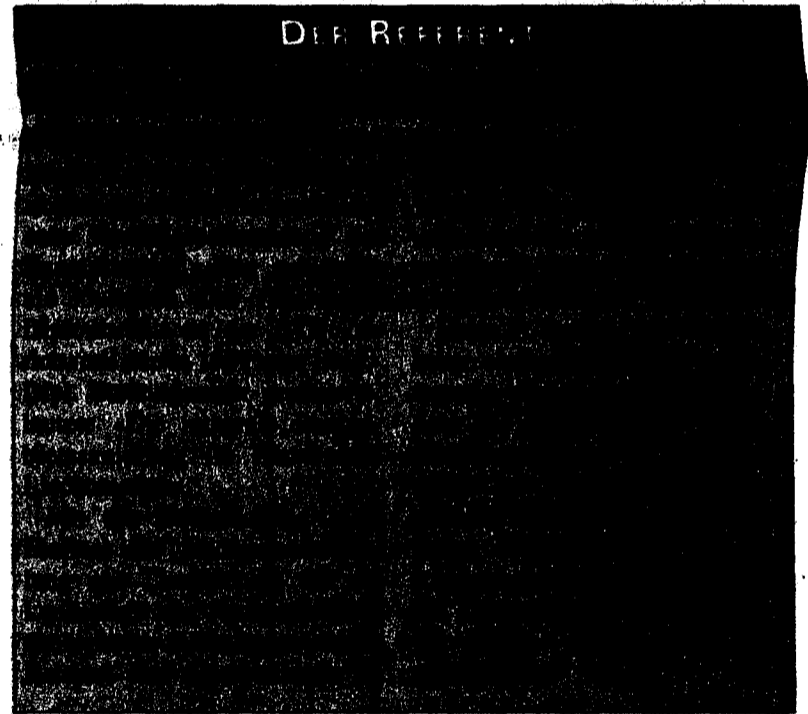
Referierte gestern im Kapitelsaal des Pfarrhauses in Bendern: Mario F. Broggi.

– die Ortsbilder seien Ausdruck insularen Denkens und würden sich kaum noch voneinander unterscheiden, seien austauschbar. «Die Raumplanung sollte nicht in der Kompetenz der jeweiligen Gemeinde liegen, sie gehört auf Staatsebene gehievt», forderte Broggi. Es sei dringend an der Zeit, von diesen «gemeindeterritorialen» Gedanken abzukommen und sich die Kulturlandschaft als Ganzes anzusehen. In diesem Zusammenhang sprach er sich auch dafür aus, dieses Zusammenführen zu einem Ganzen als Daueraufgabe in der Verwaltung zu organisieren und durch einen «Rat der nachhaltigen Entwicklung» begleiten zu lassen, welcher mit einem Vorspracherecht sowohl bei Parlament als auch Regierung ausgestattet ist.

Und das «Ganze» soll in weiterer Folge noch umfassender werden und gelte natürlich nicht nur innerhalb Liechtensteins: Das Fürstentum könne nicht alleine planen, genauso wenig wie das Land Vorarl-

berg oder die benachbarten Schweizer Kantone. Visionen für übergeordnete Raumwürfe seien gefragt. «Wir sind eine Talgemein-

schaft. Und als solche müssen wir die Raumplanung angehen», so Broggi, «man denke nur an die Verkehrsproblematik.»



ANZEIGE

TOP

Lodi

...angenehm anders!

www.lodi.ch

DAUERTIEFPREIS

DAUERTIEFPREIS